

Einbringung des Haushaltsentwurfs 2024 in den Rat der Stadt Duisburg am 18. September 2023

Etatrede von Herrn Stadtdirektor und Stadtkämmerer Martin Murrack

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor zwei Jahren, als ich zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022/2023 vor Sie trat, war der Abbau der Überschuldung zum Greifen nah. Nur zur Erinnerung: vor neun Jahren, im Jahresabschluss 2014, betrug die Überschuldung, also das negative Eigenkapital noch minus 447 Mio. EUR.

Nunmehr wissen wir, dass das herausfordernde Ziel nicht nur erreicht, sondern sogar erheblich übertroffen wurde: Mit der Feststellung des Jahresabschlusses 2022 in der kommenden Novembersitzung des Rates der Stadt werden wir nicht mehr überschuldet sein. Mehr noch: Wir werden die gesetzlich geforderte Allgemeine Rücklage in Höhe von rd. 150 Mio. Euro aufgebaut haben und werden zudem sogar eine Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 28 Mio. Euro ausweisen können.

Damit sind die Restriktionen einer eingeschränkten Haushaltsbewirtschaftung und die Auflagen einer Kommunalaufsicht für die Stadt Duisburg – hoffentlich endgültig – Geschichte.

Die Leistungen der vergangenen Jahre, d. h. die guten Jahresergebnisse haben uns – der Oberbürgermeister hatte bereits entsprechend ausgeführt – neue Handlungsspielräume eröffnet: angefangen von mehr Personal, insbesondere auch für die bürgernahen Bereiche, über (beispielsweise) den Ausbau des Offenen Ganztags und des Öffentlichen Personennahverkehrs hinweg bis hin zu tatsächlichen Steuersenkungen und der Senkung der Kita- und Ogata Gebühren. Das ist gut für den Standort Duisburg und gut für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Trotz dieser beeindruckenden Leistung von Politik und Verwaltung in den vergangenen Jahren, stehe ich heute nicht nur mit guten Nachrichten vor Ihnen. Leider bin ich an dieser Stelle gezwungen, etwas Wasser in den Wein zu gießen: Die konjunkturelle Lage trübt sich ein, die Steuerschätzungen werden pessimistischer und bei den kommunalen Schlüsselzuweisungen, der n o c h für uns wichtigsten Einnahmequelle, zeichnet sich in den neusten Zahlen ein massiver Rückgang gegenüber dem Ihnen heute vorliegenden Haushaltsentwurf ab. Dazu aber gleich mehr.

Zunächst werde ich kurz auf ein paar formale Aspekte eingehen sowie darauf, was die neue Situation der Nichtüberschuldung für uns bedeutet:

Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden Sie aus formalen Gründen noch ein Haushaltssicherungskonzept, da der Jahresabschluss für das Jahr 2022 noch nicht festgestellt ist und die Stadt deshalb – Stand heute – formal noch überschuldet ist.

Mit der Kommunalaufsicht ist aber im Vorfeld besprochen, dass in der Sitzung des Rates der Stadt im November, in der der Haushalt verabschiedet werden soll, zuvor die Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat erfolgen wird. Mit dieser Feststellung ist die bilanzielle Überschuldung Vergangenheit. In der Konsequenz bedeutet das vor allem eines: Die Stadt muss den Haushalt bei der Bezirksregierung nur noch anzeigen und nicht mehr genehmigen lassen – anders als viele andere Städte in unserer direkten Nachbarschaft – auch rheinaufwärts. Die Veröffentlichung der Satzung kann dann nach Ablauf der Monatsfrist erfolgen und wir können den Haushalt ab dem 1.1.2024 umsetzen.

Nach zwei Doppelhaushalten erfolgt in diesem Jahr die Einbringung des Haushaltsplans als Einzelhaushalt. Das ermöglicht uns, mit den neuen Rahmenbedingungen außerhalb der Haushaltssicherung „zu

üben“, und zudem haben wir dann für 2025 die Möglichkeit, hoffentlich die erforderlichen Änderungen für die Altschuldenlösung einzupflegen. Aber auch dazu später mehr.

Zu den Eckpunkten des Haushaltsplans

Seitdem ich Stadtkämmerer bin, hat sich die Welt dramatisch verändert. Die Weltwirtschaft ist durch den Dauerkrisenmodus so fragil wie seit der Finanzkrise im Jahr 2008 nicht mehr.

Trotzdem ist es uns – zunächst – wieder gelungen, einen planerisch ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem auch mittelfristig positive Jahresergebnisse erzielt werden.

Damit wird unser Anspruch unterstrichen, auch nach Auslaufen des Stärkungspaktgesetzes sowie erfolgreicher Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes weiterhin die Finanzen der Stadt Duisburg auf ein solides Fundament zu stellen. Zunächst werden wir das Jahr 2024 mit einem knappen Plus einer halben Million Euro abschließen. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung sieht unsere Kalkulation positive Jahresergebnisse vor: Sie belaufen sich auf knapp 0,8 Mio. Euro in 2025 sowie auf 0,6 Mio. Euro in 2026 und 2027.

Sowohl im Ertrag als auch im Aufwand beträgt das Haushaltsvolumen 2,3 Mrd. EUR, dies entspricht bei den Aufwendungen eine Steigerung von gut 143 Mio. EUR bzw. 6,53%.

Ein Schwerpunkt bei den Aufwendungen liegt weiterhin auf dem Personalhaushalt, der um 22 Mio. EUR auf 480 Mio. EUR in 2024 steigt.

Der finanzielle Handlungsspielraum, den wir uns in den vergangenen Jahren im Bereich Personal – nach langer Durststrecke – hart erarbeitet haben, kann so weiter ausgeschöpft werden. So können die Dienstleistungen und Prozesse für alle Bürgerinnen und Bürger weiter optimiert werden. Auch der Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat hier seinen Niederschlag gefunden.

Die Transferaufwendungen steigen in 2024 deutlich um 76 Mio. EUR auf insgesamt 931 Mio. EUR. Davon entfallen allein 32,2 Mio. EUR auf den Bereich der Jugendhilfe, 21,5 Mio. EUR auf Umlagen an den Landschaftsverband Rheinland sowie den Regionalverband Ruhrgebiet und 4 Mio. EUR auf die Gewerbesteuerumlage. Infolge der sukzessiven Leitzinserhöhungen der EZB mussten die Zinsaufwendungen in der Haushaltsplanung deutlich angepasst werden: für den Entwurf bereits um 17 Mio. EUR. Damit finden sich Zinsaufwendungen in Höhe von rd. 40 Mio. EUR im Haushaltsplanentwurf wieder (zur Einordnung: in 2022 hatten wir Zinsaufwendungen in Höhe von 4,4 Mio.€). Ich bin heilfroh, dass wir es aus eigener Kraft geschafft haben, – die Kassenkredite seit 2014 um fast eine Milliarde EUR zu reduzieren.

Die damit verbundenen Zinersparnisse betragen jährlich mittlere zweistellige Millionenbeträge. Dies verdeutlicht, wie wichtig es weiterhin ist, den Schuldenabbau kontinuierlich voranzutreiben.

Neben den weiterhin bestehenden Zinsrisiken sind zudem auch zukünftige Tarif-, Preis- und hier insbesondere Energie- und Baukostensteigerungen zu erwarten, die uns in den Folgejahren noch vor große Herausforderungen stellen werden.

Das Thema „Baukostensteigerung ist im Übrigen ein gutes Stichwort für ein wichtiges Thema, das uns zurzeit massiv beschäftigt:

Wir haben erkannt, dass wir erheblich in die gesamte kommunale Infrastruktur investieren müssen - und dass wir hier - wegen der Konsolidierungsnotwendigkeiten der letzten Jahre – insbesondere auch Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte aufholen müssen.

Wir haben ferner erkannt, dass wir mit den aktuellen Herausforderungen in den bestehenden Strukturen nicht hinreichend und vor allem nicht schnell genug weiterkommen und schlagen deshalb Veränderungen vor, mit denen wir handlungsfähiger werden:

So werden bereits seit einiger Zeit große Infrastrukturprojekte wie der Karl-Lehr-Brückenzug oder die Umgehungsstraßen im Duisburger Norden durch die Wirtschaftsbetriebe oder die Duisburger Infrastrukturgesellschaft gemeinsam mit Duisport abgewickelt – wie ich finde, beides bislang äußerst erfolgreich.

Die Schulneubauten und -erweiterungen werden ebenso erfolgreich durch die Schulbaugesellschaft vorangetrieben, und im Bereich der Kitas hat das neu gegründete SVK mit der Gebag bereits in kurzer Zeit unter Beweis gestellt, dass wir durchaus in der Lage sind, unsere Strukturen und Prozesse weiter zu optimieren.

Ähnliches streben wir nun für die Bewirtschaftung der Schulimmobilien und der sonstigen Immobilien an.

Sowohl dahingehend als auch im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen kann ich Ihnen sagen: es gibt die eine oder andere Stadt die gerade etwas neidisch auf uns schaut. Viele schauen sich unsere Schulbaugesellschaft und unser Sondervermögen an, und ich sage Ihnen: Wir sind in einigen Bereichen die ersten, werden aber nicht die letzten sein. Duisburg ist handlungsfähig - operativ und finanziell.

Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen, gestiegene Steuerkraft

Allerdings hat uns Ende August eine zusätzliche Nachricht herausgefordert: Die Schlüsselzuweisungen, die dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung und steigender Steuererträge auf Landesebene in der Vergangenheit stets stiegen, brechen nun massiv ein. Die Lücke, die sich mit der Veröffentlichung der Arbeitskreisrechnung am 23.8.2023 aufgetan hat, ist groß:

Im Vergleich zu dem heute eingebrachten Haushaltsentwurf fehlen uns rund 88 Mio. €. Daher werden wir gemeinsam die nächsten Wochen bis zum Beschluss des Haushalts im November nutzen müssen, um gangbare Lösungswege zu gestalten.

Ein Lösungsansatz wird die sich positiv entwickelte Gewerbesteuer sein. Hier hat Duisburg wie wohl keine vergleichbare Kommune – wie man heute so schön zu sagen pflegt – „performt“. Unsere Steuerkraft hat sich im Verhältnis zu den anderen Kommunen deutlich überdurchschnittlich entwickelt. Es gibt keine Nicht-Abundante Kommune, die eine ähnliche Steigerung der Gewerbesteuer vorweisen kann. Leider mit den unangenehmen Nebenwirkungen, dass die Zuweisungen sich deutlich reduzieren und wir dieses kompensieren müssen.

Wir werden daher voraussichtlich auch eine globale Minderausgabe (zumindest für zwei Planjahre) in Betracht ziehen müssen. Zudem

werden weitere Ansätze geprüft. Ich bin verhalten optimistisch, dass wir einen Lösungsvorschlag erarbeiten können, der es ermöglichen wird, den bereits eingeschlagenen Weg der Steuersenkungen beizubehalten. Aber das wird im Gegenzug auch entsprechende Disziplin erfordern, um den frisch errungenen Handlungsspielraum nicht wieder kurzfristig zu verlieren.

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht und stehen deswegen heute nicht mehr so schlecht dar wie noch vor einigen Jahren. Wir sind und bleiben handlungsfähig. Und das ist auch gut so.

Anzumerken ist allerdings, dass dieser Einbruch in 2024 Auswirkungen auf die kommenden Jahre hat und sich daher eine grundlegende strukturelle Verschlechterung bei einer unserer wichtigsten Finanzierungsquellen auf tut.

Umso wichtiger ist es, das Land und auch den Bund an ihre Verantwortung gegenüber den Kommunen zu erinnern.

Wie eingangs schon erwähnt, hinter uns liegen drei Jahre Coronapandemie, mittlerweile fast zwei Jahre Krieg in der Ukraine sowie parallel massive Preissteigerungen. All dies hat einen deutlichen Abdruck nicht nur in dem Duisburger, sondern in den Haushalten aller Kommunen hinterlassen.

Kommunale Altschuldenlösung

Der Oberbürgermeister hat es gerade angesprochen: Die Altschuldenlösung. Auf der einen Seite ist es gut, dass dieser unzureichende Vorschlag vom Tisch ist. Auf der anderen Seite ist es mehr als ärgerlich. Nachdem Bund und Land den perfekten Zeitpunkt für die Altschuldenregelung verpasst haben, nämlich die Niedrig- bzw. Minuszinsphase, wird die dringend benötigte Lösung wieder um ein Jahr verschoben. Diese Thematik lag bereits bei meinem Amtsantritt als Kämmerer – in 2019 – auf dem Tisch.

Ich möchte auch nicht die Kritikpunkte des OB wiederholen aber erlauben Sie mir noch einen Hinweis als Kämmerer:

Wenn ein Landesfinanzminister in einem über 100 Mrd.€ Haushalt keine 300 bis 400 Mio. € zur Verfügung stellen kann, ist das kein Ausdruck für Nicht-Können, sondern für Nicht-Wollen. Die Mittel für den Stärkungspakt waren auch nicht „über“, sondern mussten durch Priorisierung erarbeitet werden. Ich hätte da Ideen, wie das auch in 2024 funktionieren könnte: Die Anhebung der Globalen Minderausgabe beim Land um ca. 0,5% würde den ganzen benötigten Betrag erbringen. Man könnte auch mit der NRW.Bank sprechen, dass jeweils ein Teil der am Jahresende aufkommenden Haushaltsreste für Zins- und Tilgung zur Verfügung gestellt werden - ich hätte da Ideen und Vorschläge... Und auch um das klar zu sagen: Ich bin dafür, dass wir uns als Städte nicht aus der Verantwortung stehlen.

Auch wir sind bereit, einen Teil der Altschulden zu tragen. Eine faire Aufteilung wäre: Der Bund übernimmt 50%, das Land 25% und die restlichen 25% verbleiben bei den Kommunen und werden von diesen verbindlich getilgt. Ich bin gespannt, welches Modell Bund und Land jetzt auf den Tisch legen werden.

Fazit

Zu guter letzt möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand und den städtischen Ämtern für die konstruktiven Haushaltsverhandlungen bedanken. Und ein ganz besonderer Dank geht an alle Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, die auch in diesem Jahr wieder in mühevoller Detailarbeit einen guten Haushalt zusammengestellt haben. Namentlich und ganz ausdrücklich möchte ich mich bei meinem jahrelangen Kämmereiamtsleiter Herrn Schulz bedanken. In 32 Dienstjahren haben Sie die Finanzen dieser Stadt geprägt und wenn es einen gibt, der für die Gesundung der Kommunalfinanzen in Duisburg steht, sind Sie es! Ein herzliches Dankeschön für ihren jahrelangen erfolgreichen Einsatz. Für Sie ist es der letzte Haushalt, den Sie einbringen. Sie gehen in den wohlverdienten Ruhestand. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute. Dafür, dass die gute Arbeit in der Kämmerei fortgesetzt wird, haben wir gesorgt! Frau Gärtner, die schon seit vielen Jahren als Abteilungsleiterin für den

Haushalt zuständig ist, wird bzw. ist in Ihre Fußstapfen getreten. Sie wird den von Ihnen geprägten Weg fortsetzen.

Jetzt freue ich mich aber erst mal auf die Haushaltsberatungen in Duisburg - in den Bezirksvertretungen und die 2. Lesung im Rat im November. Danach muss ich den Haushalt dann nur noch anzeigen und nicht mehr genehmigen lassen. Ein schönes Gefühl! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass es auch in Zukunft so bleibt und wir nicht wieder in die Haushaltssicherung abrutschen! Für eine gute Entwicklung, für gute Perspektiven in Duisburg.

Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der Umwelt und der Wirtschaft!

Glück auf.